

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neubauer, Dresden, Neumarktstr. 14/15

Redaktion: Dresden, Neumarktstr. 14/15

Druck: Carl Neubauer, Dresden, Neumarktstr. 14/15

Neue Kommunistenunruhen in Hamburg

16 Schwerverletzte bei Angriffen auf Polizei

Hamburg, 26. Mai. Die kommunistische Aktion, die am Mittwochabend zu den Vorfällen am Jungfernstieg führte, wurde am Donnerstag fortgesetzt. Bereits in den frühen Vormittagsstunden hatten sich an verschiedenen Stellen der Stadt, vor allem vor den Arbeitämtern, größere Menschenmassen angesammelt, die offenbar einer kommunistischen Aufforderung folgten, eine Kundgebung zu veranstalten.

Schüsse gefallen. Ein Schuss traf einen Kraftwagen und entzündete den Benzinvorrat, so daß der Wagen in Flammen aufging.

Die Polizeiaktion ist zur Zeit noch im Gange.

Im Verlauf der Polizeiaktion gegen die kommunistischen Ansammlungen kam es kurz nach 12 Uhr am Saagerplatz zu einem schweren Zusammenstoß. Eine größere, von Kommunisten aufgelegte Menschenmenge nahm scharf gegen die einschreitenden Polizeibeamten Stellung.

plötzlich Schüsse aus den Reihen der Kommunisten, durch die ein Polizeibeamter verletzt wurde.

Darauf machten auch die Beamten von ihrer Schusswaffe Gebrauch. Hierbei soll eine größere Anzahl von Kundgebern — man spricht von etwa 15 Personen — schwer verletzt worden sein. Eine amtliche Befähigung der Anzahl der Verletzten ist noch nicht zu erhalten, da die Polizeiaktion am Saagerplatz noch nicht beendet ist.

Die Polizeibehörde gibt folgenden amtlichen Bericht über die Vorfälle heraus: Heute nachmittag gegen 12 Uhr

versuchten Kommunisten am Saagerplatz zu demonstrieren, um in die innere Stadt zu gelangen. Ordnungspolizisten schritten ein und drängten die Demonstrierenden in Richtung Michaelisbrück ab. Plötzlich wurden auf Beamte aus Renol-vern Schüsse abgegeben. Ein

Ordnungspolizist brach zwei Brustschüsse aus einem Schenkelstich getroffenen schwer verletzt

zusammen. Die Ordnungspolizisten machten nunmehr auch von ihrer Waffe Gebrauch. Einer der Angreifer, der auf Polizeibeamte geschossen hatte, ist von den Demonstranten abgeschleppt worden. Ob weitere Personen getroffen sind, steht noch nicht fest. Die Polizei löste die Ansammlungen auf.

Ausfahrungen auch in Düsseldorf

Düsseldorf, 26. Mai. Am Donnerstag kurz nach 18 Uhr ereignete sich in einer der Hauptverkehrsstraßen der Stadt, der Königsallee, ein Trupp von etwa 100 bis 150 meist jungen Leuten. Sie liefen zunächst unter dem Gesänge der „Internationalen“ im Vauhschritt durch die Straßen, ergriffen dann plötzlich die vor einem Kaffeehaus stehenden Stühle und Tische und schleuderten sie in die großen Spiegelgehäusen mehrerer Geschäfte. Jüngere große Schaufenstergehäusen und verschiedene Glasgehäusen verfallender Kraftwagen wurden zertrümmert. Die Demonstranten zerstreuten sich, bevor die Ueberfallkommandos zur Stelle waren.

In den späten Abendstunden kam es in verschiedenen Stadtteilen zu neuen schweren Ausschreitungen. In der Bismarckstraße wurden sechs Scheiben eines Hotels eingeworfen. Am Wilhelmplatz wurden die Spiegelgehäusen eines Hotels und eines Zigarrengeschäftes zertrümmert. Ebenfalls wurde am Wehrhahn eine Schaufenstergehäusen mit einem eisernen Papierkorb zertrümmert. In Ver-reeheim plünderten Demonstranten ein Lebensmittelgeschäft.

Offene Regierungskrise

Jeder Versuch des Reichskanzlers Brüning, sich mit seinem Kumpfkabinet hinter sogenannten sachlichen Aufgaben zu verfangen oder gar die bevorstehende Lausanner Tribunnalkonferenz als Beweis für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Schwerezustandes zu benutzen, hat keinen Zweck mehr. Auch von ihr naheliegender Seite wird nicht mehr geleugnet, daß die Reichsregierung seit dem Ausscheiden Warndolds, der die verfehlten Wirtschaftsexperimente nicht mehr länger mit seinem Namen becken wollte, und seit dem unfreiwilligen Abgang Groeners aus dem Reichsministerium sich im Zustand der offenen Krise befindet. Das Kabinet bröckelt unaufhaltsam ab. Neben der Stellung des Innenministers Groener, gegen dessen Kulturpolitik sich sogar eine der treuesten Stützen des Brüningkabinet, der Christlichsozialer Volksdienst, wendet und dessen SA-Verbot weitest mitemparteiliche Kreise ihre Wahlleiterlage in Preußen aufreiben, ist gegenwärtig am meisten erschüttert die Stellung des Reichsernährungsministers Schiele. Er wird von zwei Seiten auf das heftigste angegriffen. Der Reichslandbund, die Berufsorganisation, deren Führer Schiele einst war, hat in diesen Tagen ein außerordentlich scharfes Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, das einer offenen Kriegserklärung an den Reichsernährungsminister gleichkommt. Die Not der Landwirtschaft ist auf das höchste gestiegen, und man versteht in den Kreisen der Berufsleute Schiele nicht mehr die Haltung des Ministers, der unentschieden die Dinge treiben läßt. Umgekehrt richten die Kreise der linken Mitte auf Schiele heftige Angriffe, weil er ihrem freiheitlichen Standpunkt nicht Rechnung trägt. So hat Schiele tatsächlich niemand mehr hinter sich. Er ist völlig vereinsamt. Was aber soll aus dem Kabinet werden, wenn er daraus die Folgerungen über kurz oder lang ziehen muß. Es gibt außer den Zentrumsministern überhaupt kein parlamentarisches Kabinetmitglied, das noch festhände.

Der staatsparteiliche Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, dessen Partei ja mittlerweile zu einer völlig bedeutungslosen Splittergruppe herabgesunken ist, hat durch seine zusammengebrochenen Finanzmaßnahmen wohl endgültig den letzten Rest von Vertrauen verwirkt. Die letzte Steuernotverordnung, die erst zu Beginn der nächsten Woche veröffentlicht werden soll, hat in allen Berufs- und Bevölkerungsschichten, namentlich auch in Organisationskreisen, die bis jetzt politisch hinter der Reichsregierung standen, einen Sturm der Entrüstung erregt. Man tadelt auf das schärfste, daß der Finanzminister zu einer neuen Steuerwelle seine Zuflucht nimmt, obwohl sich ein Sinn dieser Opfer nicht erkennen läßt. Denn gleichzeitig geschieht nichts, um auf dem bisherigen verhängnisvollen Wege umzukehren: keine Reform des Steuerfußes, keine Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung, keine positive Tat auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Das schließt aber ab, daß weiteste Kreise sich furios geträut haben. Sie erinnern jetzt mit Recht an die wiederholten und heftigen Zusicherungen vor den Wahlen, wonach finanzielle Belastungen, Gehaltsbedräge und Steuererhöhungen unwiderruflich zu Ende sein sollten. Der Glaube an amtliche Versprechungen ist mit der neuen Notverordnung jetzt in breiten Kreisen wohl endgültig vernichtet worden. Sogar zu der Ansicht von uns gewiß nicht wohlwollenden ausländischen Gutachtern steht die Notverordnungspolitik der Regierung in krassem Gegensatz. Im Raytonbericht der Valserer Tribunnalkonferenz wurde ausdrücklich betont, die Grenze der deutschen Opferfähigkeit sei längst erreicht, und nun beweist die deutsche Regierung selbst, daß sie ihren Bürgern sogar noch größere Opfer als die ausländischen Sachverständigen auszuweisen mag! Wird namentlich unter französischer Geugner nicht daraus bedenkliche Folgerungen für Lausanne ziehen und die übrigen wertvollen Feststellungen des Raytonberichts zu entwerfen suchen? Jedenfalls zeigt sich, daß Brüning und sein Finanzminister dem deutschen Volke in jeder Hinsicht mit der neuen Notverordnung den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen haben.

Der Kanzler hat sich in diesen Tagen sehr entrüstet darüber gezeigt, daß sich zahlreiche Verbände nicht mit ihren Protestschritten an ihn, sondern direkt an den Reichspräsidenten gewandt haben. Offiziell wurde sogar dem Deutschen Beamtenbund in aller Öffentlichkeit mitgeteilt, der Reichskanzler sei mit seinem Verhalten sehr unzufrieden.

Die Aenderungswünsche des Reichspräsidenten

Am Sonntag Aussprache Hindenburg-Brüning

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Mai. Am kommenden Sonntag wird, wie von uns bereits berichtet wurde, der Reichspräsident dem Reichskanzler Dr. Brüning zu der vorgesehene eingehenden Besprechung der politischen Lage empfangen. Je näher der Zeitpunkt dieser Auseinandersetzung rückt, desto mehr macht sich in den hinter der Regierung stehenden Kreisen die Unruhe darüber bemerkbar, ob der Reichspräsident die dem Kabinet anlässlich der Groenerkrisis gewährte Frist zu verlängern geneigt sein wird. Lieber diese Unruhe vermag auch nicht der leicht erkennbare Zwang des politischen Augenblicks, den man an den amtlichen Stellen zur Schau trägt und der sich in Erklärungen äußert, daß man nach der Rückkehr Dr. Meißners aus Neudach die zweifellos schwierige Lage, in der sich das Kabinet befindet, als bedauerlich betrachten könne. Es mag sein, daß der Reichspräsident mit Rücksicht auf die nahe bevorstehende Reparationskonferenz bereit ist, den Dr. Brüning ausgesetzten politischen Wechsel wenigstens bis zur Beendigung der Lausanner Verhandlungen zu prolongieren. Die Entscheidung darüber wird aber erst am Sonntag, vielleicht noch später fallen.

well Hindenburg die Mühe hat, sich mit dem Reichskanzler ganz eingehend über alle schwebenden Probleme zu unterhalten, wofür möglicherweise eine Unterredung nicht ausreichen wird.

Wenn der Reichspräsident Dr. Brüning eine weitere Zeitspanne zugestehen sollte, so wird dafür nicht zuletzt die Erkenntnis maßgebend sein, daß es im gegenwärtigen Augenblick einmündig ist, einen verantwortungsbewußten Politiker zu finden, der, ohne eine völlige Aenderung vorzunehmen, bereit wäre, für Brüning in die Schuhe zu springen. Die Rechte hat zwar zu wiederholten Malen erklärt, daß sie jederzeit bereit sei, sofort die Regierung zu übernehmen, aber sie hat keinen Zweifel daran gefaßt, daß die Regierungsübernahme durch sie die strikte Ablehnung von den bisherigen politischen Methoden bedeuten muß. Zu einer so weitgehenden Umänderung der politischen Verhältnisse scheint sich jedoch mit Rücksicht auf die Lausanner Konferenz der Reichspräsident jetzt noch nicht entschließen zu wollen, und der Optimismus, den man heute in der Wilhelmstraße etwas demonstrativ zur Schau trägt, scheint hier eine gewisse Stütze zu finden. Für die Haltung des Reichspräsidenten dürfte weiter maßgebend sein, daß ihm angefangen worden ist, die von ihm gewünschten Aenderungen der Notverordnung vorzunehmen.

Der Reichspräsident erwartet, daß man an den Relegierten keine weiteren Rücksicht vorzimmt, und weiter hatte er Bedenken gegen gewisse Tendenzen in den bisherigen Siedlungsplänen des Kabinetts geäußert. Die Einigungsmöglichkeit, die durch die bisherigen Entwürfe vorgesehen war, soll durch ver-

härten Rechtschutz weitgehend eingeeignet werden. Weiter sollen verbesserte Möglichkeiten für die Anhörung der Verurteilten geschaffen werden, und schließlich soll die ganze Siedlung in einer Hand zusammengefaßt werden. Wegen des Kronleichenamtes hatte das Kabinet den Donnerstag von Sitzungen freigelassen. Am Freitag wird es die Beratung über die letzte Bestimmung der Notverordnung wieder aufnehmen und, wie man an den zuständigen Stellen hört, nach Möglichkeit zum Abschluß führen.

so daß der Reichskanzler dem Reichspräsidenten am Sonntag bereits die fertige Notverordnung unterbreiten kann.

Was die Ergänzung des Kabinetts angeht, so erscheint es auch heute noch zweifelhaft, ob die Ergänzung in dem von Dr. Brüning gewünschtem Sinne vorgenommen werden kann. Es hängt dies ja in erster Linie von den Persönlichkeiten ab, die der Reichskanzler schon vor einiger Zeit ins Auge faßte, die aber nicht bereit waren, unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen Ministerposten zu übernehmen. Ob es diesen, zu denen bekanntlich auch der Weipolger Oberbürgermeister Dr. Wördeleer gehört, namentlich, wenn der Reichspräsident in eine Verlängerung des bisherigen Kabinetts Brüning einwilligt, möglich sein wird, dem Kabinet beizutreten, muß dahingestellt bleiben. Sicher ist nur so viel, daß der Reichspräsident mit seiner Groener Anfang kommender Woche mit Sicherheit seinen Abschied als Reichsminister nimmt. Ob er als Reichsminister zurück zu halten sein wird, ist noch unentschieden.

Deutschland unterzeichnet das Schuldentilgungsabkommen

Washington, 26. Mai. Der deutsche Botschafter v. Wittich unterzeichnete im Schaham die Schuldtilgungs für die durch das Moratoriumsloche gestundeten Beträge in Höhe von 6 Millionen Dollar. Die Schulden sind innerhalb von zehn Jahren zurückzuführen. Finnland und Griechenland haben gleichfalls schon unterzeichnet. Die übrigen Länder dürften in der nächsten Woche folgen.

Der Donau-Finanzausschuß tritt zusammen

Paris, 26. Mai. Der Quai d'Orsay veröffentlicht am Donnerstagabend folgende amtliche Mitteilung: „Am Anschluß an die in der vorigen Woche in Genf gefaßten Beschlüsse wird in Paris voraussichtlich zu Beginn der nächsten Woche ein aus internationalen Finanzsachverständigen zusammengesetzter Ausschuß zusammengetreten. Dieser Ausschuß, der sich mit der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Mitteleuropas befassen soll, wird von Vertretern Frankreichs, Englands, Deutschlands, Italiens, Belgiens, Hollands und der Schweiz sowie den Mitgliedern des Finanzausschusses des Völkerbundes gebildet werden.“

In dieser Nummer beginnen wir mit dem Abdruck der sehr amüsanten Artikelserie

„Fräulein Doktor geht auf Arbeit“

Vertical table on the left margin with various numbers and small text.